

Ich glaube nicht, dass ich mich langweilen werde

Wolfgang Thierse über die Waldschlösschenbrücke, Angela Merkels FDJ-Zeit, die Schwaben in Berlin und seine Pläne nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag.



Foto: Kay Herschelmann

Nach 24 Jahren verabschiedet sich der SPD-Politiker Wolfgang Thierse als Abgeordneter aus dem Bundestag, dessen Präsident und Vizepräsident er auch viele Jahre lang war.

Herr Thierse, haben Sie schon gepackt?
Nein, noch nicht.

Nach 24 Jahren hören Sie jetzt als Berufspolitiker auf. Was wollen Sie mit der vielen Zeit anfangen, wenn Sie nicht mehr im Bundestag sind?
Ich bin da unbesorgt. Ich glaube nicht, dass ich mich langweilen werde, weil ich mich erinnere, dass ich mich auch vor der Politik nicht gelangweilt habe.

Wir hätten einen Tipp: Sachsen ist immer eine Reise wert, nicht nur, wenn man am 13. Februar gegen Nazis demonstriert.

Ich bin sehr oft in Sachsen – gern in Dresden, in Leipzig, und ich schwärme überall von Görlitz als der schönsten Stadt Deutschlands. Also da muss man mich nicht zwingen.

Und: Glauben Ihnen die Leute als Görlitz-Botschafter?
Ja, manche, die dort waren, stimmen positiv überrascht zu. Ich will ja, dass möglichst viele hinfahren in die östlichste Stadt Deutschlands. Zu meinem Befremden sind viele Westdeutsche immer noch nicht in Ostdeutschland gewesen. Diese Art von bornierter Haltung gegenüber einem interessanten und schönen Teil Deutschlands finde ich fast skandalös.

Sie waren immer ein Gegner der Waldschlösschenbrücke. Inzwischen ist sie fertig. Haben Sie sich die neue Brücke schon mal angeschaut?
Ja.

Und wie finden Sie die? War es die Aufregung wert?
Die Brücke ist wirklich kein schönes Stück Architektur. Die Aufregung mag sich gelegt haben, aber ich werde doch nicht vergessen, dass Sachsen im Streit um die Waldschlösschenbrücke eine Art Neuauflage der Breshnew-Doktrin gepflegt hat – es dürfe sich niemand in die inneren Angelegenheiten Sachsens einmischen. Auch nicht ein Bundespolitiker aus Berlin. Dabei hatten viele Dresdner und Sachsen wohl vergessen: Wer ein Welterbe hat, der ist der Welt insgesamt verpflichtet, der lädt also ein zur Einmischung, zum Besuch, zum Mitreden, zum Mitdiskutieren, zum Bestaunen oder

zum Kritisieren. Ich stelle fest, der Kampf ist verloren. Aber es war kein Sieg für die Dresdner.

Und wie sieht's aus mit Memoiren?
Ich habe eine gewisse Abscheu vor Politikermemoiren. Das Einzige, was mir interessant erscheinen könnte, wäre der Versuch, gewissermaßen meinen Kindern zu erklären, wie das Leben in der DDR war. Und zwar jenseits von Heldenbiografie einerseits und von Verräter- und Schuldbiografie auf der anderen Seite. Mein Eindruck ist, dass es viel zu viele klischeehafte Urteile über das Leben in der DDR gibt.

Was würden Sie dagegensetzen?
Ich würde gern die Zwischentöne beschreiben, die Grautöne des Lebens in der DDR, die matten und interessanten Farben, die es gegeben hat, gewissermaßen mit mir als Beispiel. Es wäre die Geschichte eines Menschen, der weder mit der DDR einverstanden noch ein Widerstandskämpfer war. Sondern jemand, der einfach irgendwie nie richtig hingepasst hat, aber bis zum Schluss einfach gelebt hat und sich nicht dafür schämen will.

Erinnern Sie sich noch an die erste Rede 1990 als SPD-Politiker in der DDR-Volkshaus?
Ja, ich erinnere mich an meine Aufregung und auch daran, dass ich ein durchaus skeptisches Ja zur Koalition mit Lothar de Maizière und einen sehr nüchternen Blick auf die zu bewältigenden Aufgaben vorgebracht habe. Ich muss mich auch im Rückblick für diese Rede nicht schämen.

Dann war der späte Schritt in die Politik kein Zufall, sondern folgerichtig?
In der DDR wollte ich nicht Politik machen. Ich wollte nicht in die SED eintreten, noch weniger in eine Blockpartei, weil ich das Ausmaß von Verlogenheit und Unterwerfung nicht erbringen wollte. Also sah ich erst im Herbst 89 die Chance, politisch aktiv zu werden. Und dann ging alles ganz schnell. Ich musste nicht die berühmte Ochsentour machen, sondern wurde nach oben geschleudert, wie das in revolutionären Zeiten so ist.

Wundert es Sie, dass fast ein Vierteljahrhundert nach der Einheit noch Auf-

regung über die FDJ-Zeit von Angela Merkel herrscht?
Das finde ich ein bisschen lästig und übertrieben. Mir fällt nur bei Angela Merkel ein interessanter Widerspruch auf. Um Chefin dieser sehr westdeutschen Partei CDU zu werden, hat sie jahrelang ihre DDR-Prägungen geradezu systematisch verleugnet. Um sie jetzt, weil es scheinbar in den Wahlkampf passt, wieder ein bisschen vorzuzeigen. Das ist ein interessanter Widerspruch, den man doch vermerken darf als einer, der seine ostdeutsche Prägung nie versteckt hat. Selbst in der Gegnerschaft zur DDR ist man durch dieses System auch geprägt.

Sie waren zugleich in der katholischen Studentengemeinde und in der FDJ.
Ich bin in die Jungpioniere eingetreten, in der fünften Schulklasse, nachdem mich meine Klassenkameraden in den Freundschafsrat, also in die Schülervertretung gewählt haben. Und plötzlich bemerkten die Lehrer: Wolfgang, du bist ja gar nicht in den Pionieren. Da kannst du das nicht machen. Und ich komme nach Hause zu meinem Vater und frage, was soll ich denn tun. Und mein Vater sagte ganz nüchtern, du hast das Vertrauen deiner Schulkameraden, da kannst du das machen. Und so ist das immer wieder passiert. In die FDJ bin ich sofort in Funktionen gewählt worden, weil ich offensichtlich zu den wenigen gehörte, die widersprochen und das Maul aufgerissen haben.

War es nicht auch schwierig?
Natürlich. Das war immer eine Gratwanderung zwischen Anpassung an die Organisationsform und dem Wunsch, etwas Konkretes für Menschen zu tun. Ich bin sofort

zu Beginn des Studiums zum FDJ-Sekretär der Seminargruppe, also für etwa 30 Leute, gewählt worden. Wir kannten uns ja alle nicht, aber klar war, der Thierse ist kein Leisetreter. Ich weiß nicht, woran das liegt, dass ich sofort diesen Eindruck erweckt habe. Und nach zwei Jahren entdeckte die Studiengangsleitung, es findet ja gar keine FDJ-Arbeit statt. Ich wurde dann kritisiert von einer Kommilitonin, die sagte, Wolfgang, du hast doch öfters erklärt, dass dich diese ideologische Arbeit nicht interessiert. Ich habe das bestätigt: Mich interessiert nur Interessenvertretung. Und daraufhin haben die mich trotzdem wieder gewählt. Und die Sektionsleitung hat es akzeptiert.

Trotz der kirchlichen Aktivitäten?
Ja. Ich war zeitgleich Sprecher der katholischen Studentengemeinde Ostberlin, eine Zeit lang auch Sprecher der katholischen Studentengemeinde der DDR insgesamt. Diese Art von Gratwanderungen, von ständigen immer auch moralisch begründeten Entscheidungen, das ist etwas, von dem ich den Eindruck habe, dass man dafür im Westen gar kein Verständnis hat.

Verschwundet mit der Zeit die ostdeutsche Identität?
Der biografische Unterschied zwischen Ost und West wächst sich aus. Das ist zunächst einmal ein normaler Vorgang. Und trotzdem wünsche ich mir, dass es auch im neuen Bundestag ein paar Abgeordnete gibt, die existenzielle Erfahrung von Zusammenbruch, Umbruch, Aufbruch gemacht haben. Gelegentlich spielt das schon eine Rolle, es ist eine unterschiedliche Art von Betroffenheit. Die ostdeutsche Prägung wird langsamer verschwinden, als jetzt einige ziemlich flott behaupten.



Frances Scholz und Peter Heilmann sprachen für die SZ mit Wolfgang Thierse in dessen Berliner Büro.

Foto: Kay Herschelmann

IMPRESSUM

Sächsische Zeitung
Unabhängige Tageszeitung • Pflichtblatt der Börse Berlin

Chefredakteur: Uwe Vetterick -2240
Stellvertretender Chefredakteur: Olaf Kittel -2470
Leitende Redakteure: Annette Binninger, Marcus Krämer, Heinrich Löbbers, Ulf Mallek, Katrin Saft.
Artdirector: Ralf Schutt -2208
Verantwortlich: Politik/Wirtschaft: Annette Binninger -2243; Lokales: Olaf Kittel -2470; Kultur/Gesellschaft/Reportage: Heinrich Löbbers -2253; Sport: Jochen Mayer -2322; Foto: Veit Hengst 47105250; Elbland: Ulf Mallek 03521 41045510; Sächsische Schweiz-Osterzgebirge: Domokos Szabó 03501 56335610; Chefreporter: Karin Großmann -2280; Reporter: Thomas Schade -2226, Autor: Dr. Peter Ufer.

Korrespondenten: Inland: Sven Siebert; Berlin: Peter Heilmann; Ausland: Bangkok: Willi Germund; Brüssel: Detlef Drewes; London: Jochen Wittmann; Moskau: Ulrich Heyden; Warschau: Paul Flückiger; Washington: Jens Schmitz; Prag: Hans-Jörg Schmidt; Usti nad Labem: Steffen Neumann; Rom: Paul Kreiner.

E-Mail-Adressen: redaktion@dd-v.de; abo@dd-v.de

Redaktion/Verlag: Telefon 0351 4864-0 oder die jeweilige Durchwahl
Verlag: Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Dresden
Verantwortlicher Geschäftsführer: Carsten Dietmann
Anzeigenleitung: Tobias Spitzhorn (verantwortl.)
Vertriebsleitung: Nikolaus von der Hagen
Technische Leitung: Volker Klaes
Aboservice: 0351 48642107/01802 328328 Sa 8-12 Uhr (6 Ct./Anruf aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk max. 42 Ct./Min.)
Hausanschrift: Ostra-Allee 20, 01067 Dresden
Post: Sächsische Zeitung, 01055 Dresden
Anschrift Lausitzredaktion: An der Frauenkirche 12, 02826 Görlitz
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH
Internet: <http://www.sz-online.de>
<http://www.doebelneranzeiger.de>

Im Abonnement ist das wöchentlich erscheinende TV-Magazin „rtv“ enthalten. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen 6 Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Treffpunkten vorliegen. Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch. Es gilt Anzeigenpreisliste 17 vom 23.1.2013. Impressum Lokaltitel siehe dort

1,62 Millionen Kinder auf Hartz IV angewiesen

Berlin. Trotz der guten Situation am Arbeitsmarkt müssen weiterhin viele Kinder in Deutschland mit Hartz IV leben. „15 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren in Deutschland waren 2012 in der Grundsicherung für Arbeitssuchende gemeldet – insgesamt 1,62 Millionen“, heißt es in einem am Freitag bekannt gewordenen Bericht der Bundesagentur für Arbeit. Im Jahr 2011 sei die Quote ebenso hoch gewesen, berichtete die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post.“
Etwa die Hälfte der 1,62 Millionen Kinder in Hartz-IV-Haushalten lebte den Daten zufolge im vergangenen Jahr bei einem alleinerziehenden Elternteil. Die Hilfequote von Alleinerziehenden war demnach 2012 mit 39,4 Prozent mit Abstand am höchsten. In Berlin lag die Quote der Kinder in Hartz-IV-Haushalten mit 34,3 Prozent am höchsten. Auch in den ostdeutschen Ländern sowie im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen waren überdurchschnittlich viele Kinder auf staatliche Hilfe angewiesen. (AFP)

Ex-Postvorstand soll Steinbrück-Erpresser sein

München. Bei dem Erpresser von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück handelt es sich einem Bericht zufolge offenbar um ein früheres Vorstandsmitglied der Deutschen Post. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf informierte Kreise berichtet, ermittelt die Bonner Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der versuchten Nötigung gegen den 52-Jährigen.
In einem an Steinbrücks Ehefrau adressierten Brief hatte der Erpresser Enthüllungen über eine angeblich Ende der 1990er-Jahre schwarz beschäftigte Haushaltshilfe angedroht und den Politiker zur Aufgabe seiner Kandidatur aufgefordert. Das Ehepaar Steinbrück schaltete die Behörden ein und wies die Anschuldigungen zurück. Der Beschuldigte erklärte dem Bericht nach gegenüber der Staatsanwaltschaft, er habe sich über Äußerungen Steinbrücks über die Ausbeutung von Geringverdienern geärgert. Dies sei der Grund. Die fragliche Haushaltshilfe arbeite heute unter anderem auch bei dem mutmaßlichen Erpresser, heißt es in dem Bericht weiter. (AFP)

Auch Verfassungsschutz beliefert NSA mit Daten

Berlin. Nicht nur der Bundesnachrichtendienst, sondern auch das Bundesamt für Verfassungsschutz liefert nach Medienberichten regelmäßig Daten an die National Security Agency (NSA) und andere US-Geheimdienste. Im Gegenzug erhalte der Inlandsgeheimdienst Informationen und Spionagesoftware aus den Vereinigten Staaten, berichten der Norddeutsche Rundfunk und die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf ein geheim eingestuftes Papier der Bundesregierung.
Danach soll der Verfassungsschutz allein im vergangenen Jahr 864 Datensätze an die Amerikaner übermittelt haben. Daneben soll es 657 „Datenübermittlungen“ an britische Geheimdienste gegeben haben. Um was für Daten es sich handelte, blieb offen. Der Verfassungsschutz ist nur für Spionage im Inland zuständig.
Das Bundesamt für Verfassungsschutz erklärte am Freitagabend in einer Stellungnahme, bei der Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Diensten halte man sich strikt an gesetzliche Befugnisse. (dpa)